Eurosolar

CO2-Preis lenkt ab

[12.09.2019] Im Vorfeld der Sitzung des Klimakabinetts der Bundesregierung mahnt Eurosolar konkrete Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien an. Bei der Sektorkopplung sieht der Verband die Stadtwerke an einer Schlüsselposition.

Die Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien (Eurosolar) mahnt im Vorfeld der Sitzung des Klimakabinetts am 20. September konkrete Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien an. In einer Stellungnahme heißt es, eine einseitige Fixierung der Diskussion auf eine CO2-Bepreisung lenke von den wahren Problemen und Herausforderungen ab. Eine CO2-Bepreisung würde eine erkennbare Lenkungswirkung – wenn überhaupt – erst in vielen Jahren entwickeln.

Deshalb müsse der Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt werden. Unter anderem fordert Eurosolar, den 52-Gigawatt-Deckel beim Ausbau von Solaranlagen aufzuheben und auf die Ausschreibung von Windenergieanlagen zu verzichten. Als Ausbauziele nennt der Verband 6 bis 7 Gigawatt Windenergie und 12 bis 14 Gigawatt Solarstrom pro Jahr.

Die Kopplung des Stromsektors mit dem Wärme- und Verkehrssektor ist für Eurosolar die zentrale Strukturentscheidung für die Energiewende. Eine besondere Rolle spielten dabei die Stadtwerke. In Zeiten der Energiewende sei es von unschätzbarem Wert, dass es Unternehmen gibt, die im Strom-, Gas- und Fernwärmemarkt aktiv sind und beispielsweise Power to Heat reibungslos umsetzen könnten. Hierfür müssten die regulatorischen Rahmenbedingungen im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) und im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geschaffen werden.

Abschließend heißt es in dem Eurosolar-Statement, Deutschland brauche kein Paket von Einzelmaßnahmen zum Klimaschutz, sondern eine neue Energiemarktordnung. Diese müsse die dezentrale Nutzung von erneuerbaren Energien ins Zentrum der gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen stellen.

(al)

Energiepolitische Handlungsempfehlungen von Eurosolar (PDF, 4 MB)

Stichwörter: Politik, Eurosolar